

NEOS starten Bildungsrevolution: Handyverbot und Entbürokratisierung!

NEOS präsentieren am 29. April 2025 neue Bildungsvorhaben in Wien, darunter ein Handyverbot an Schulen und Bürokratieabbau.

Vienna, Österreich - Am 29. April 2025 präsentierten NEOS-Klubobmann Yannick Shetty und Bildungssprecherin Martina von Künsberg Sarre zentrale Vorhaben zur Bildungspolitik in Österreich. Im Rahmen dieser Präsentation wurde ein bevorstehendes Handyverbot an Schulen angekündigt, das am 1. Mai 2025 in Kraft treten soll. Die Maßnahmen zielen darauf ab, Lehrkräfte zu entlasten und Schülerinnen und Schüler besser zu unterstützen, indem unter anderem eine „Entbürokratisierungsoffensive“ gestartet wird, die den Bürokratieaufwand an Schulen um 80 Prozent reduzieren möchte.

Shetty betont die Notwendigkeit dieser Maßnahmen und hebt hervor, dass in der Vergangenheit häufig übersehene Probleme nun adressiert werden sollen. Neben dem Handyverbot, das in mehreren Ländern bereits umgesetzt wurde, wird auch die Erhöhung der Deutschfördermittel auf 62 Millionen Euro angekündigt. Diese Initiativen kommen zusätzlich zu Konzepten, die die Ausbildung von Lehrkräften attraktiver machen sollen. Dazu gehört unter anderem eine praxisnähere Ausbildung sowie der Ausbau der Kollegplätze für angehende Pädagogen.

Debatte um das Handyverbot

Das geplante Handyverbot in Schulen wird sowohl unterstützt

als auch kritisch hinterfragt. Laut einem Bericht von **Deutschlandfunk** könnte ein Verbot dazu führen, dass Probleme lediglich in die Freizeit der Schüler verlagert werden. Kritiker argumentieren, dass Smartphones auch einen wertvollen Nutzen im Unterricht bieten können, beispielsweise für Rechercheaufträge oder Diskussionen über Themen wie Cybermobbing.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hebt die Wichtigkeit der Medienbildung hervor und fordert, dass Schüler im Umgang mit digitalen Bedrohungen und Falschinformationen geschult werden. Hierbei können auch Smartphone-Hersteller in Verantwortung genommen werden, um suchtschaffendes Design zu vermeiden, wie in Dänemark bereits angestrebt.

Bildungspolitische Neuerungen

Zusätzlich zum Handyverbot plant die NEOS-Partei, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr einzuführen und den Bildungsrahmenplan bis zum Sommer 2025 zu überarbeiten. Ein Gesetzesentwurf zu den Orientierungsklassen, die außerhalb Wiens im Herbst 2025 eingeführt werden sollen, geht bald in die Begutachtung.

Die Bildungsforscher setzen sich ebenfalls für eine Regulierung der Smartphone-Nutzung an Schulen ein. Wie ein Bericht im **Spiegel** verdeutlicht, wird ein Verbot als sinnvoll erachtet, um die Konzentration im Unterricht zu fördern.

Die NEOS interpretieren das gestrige Wahlergebnis der Wiener Gemeinderatswahl als Bestätigung ihrer Bildungspolitik, da sie einen Zuwachs von 2,5 Prozent erzielen konnten. Trotzdem wird betont, dass die vollständige Umsetzung der Maßnahmen Zeit in Anspruch nehmen wird.

Details

Ort	Vienna, Österreich
------------	--------------------

Details	
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.deutschlandfunk.de• www.spiegel.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at